



Digitalisierung

Die Arbeitswelt soll vorangetrieben werden, am besten ohne erweiterte Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte. Wie Unternehmen technische Innovationen für die Profitmaximierung nutzen wollen. Von Marcus Schwarzbach

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 14. NOVEMBER 2017 · NR. 264 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Aufrüsten

EU gründet »Verteidigungsunion« in Konkurrenz zur NATO. Siehe auch Kommentar Seite 8

2

Privatisieren

Berlin: SPD will mehr Schulen hochziehen. Das Geld dafür soll eine GmbH heranschaffen

3

Forschen

GEW fordert bessere Perspektiven für junge Wissenschaftler. Prekäre Beschäftigung nimmt zu

5

Isolieren

EU versucht, Ostseepipeline »Nord Stream 2« zu verhindern. Litauen gegen »Russensstrom«

9

Kreuzzug gegen Caracas

EU belegt Venezuela mit Sanktionen. USA wollen UN-Sicherheitsrat für Umsturzpläne einspannen. Und der Staatsbankrott droht. Von André Scheer

Ein Waffenembargo und die Vorbereitung von Einreiseverbots und Kontensperrungen: Die Außenminister der Europäischen Union haben am Montag einstimmig Sanktionen gegen Venezuela beschlossen und sich damit dem Aggressionskurs der US-Administration gegen das südamerikanische Land angeschlossen.

Begründet werden die Strafmaßnahmen mit angeblichen Unregelmäßigkeiten bei den Gouverneurswahlen am 15. Oktober. Als einzigen Beleg dafür führt Brüssel an, dass »ein Großteil der Opposition« die Ergebnisse nicht anerkannt habe. Außerdem wärmt man den Vorwurf auf, dass die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung am 30. Juli »die demokratischen und unabhängigen Institutionen erodiert« habe. Kein Wort davon, dass zuvor über Monate hinweg militante Regierungsgegner eine regelrechte Terrorkampagne entfesselt hatten, in deren Verlauf mehr als 130 Menschen getötet wurden – und die mit der Wahl der Constituyente in sich zusammenfiel. Verschwiegen wird in dem Beschluss auch, dass bei den Wahlen am 15. Oktober in fünf Bundesstaaten Gegner von Präsident Nicolás Maduro die Wahlen gewonnen haben – und dass vier von ihnen, wie gefordert, den Amtseid vor der verfassunggebenden Versammlung abgelegt haben. Nur in Zulia wird die Wahl am 10. Dezember wiederholt, weil der dortige Sieger, Juan Pablo Guanipa, den Schwur verweigert.

Die EU verlangt zudem eine »ausgewogenere Besetzung des Nationalen Wahlrats« sowie »konstruktiven Dialog und Verhandlungen« – obwohl es gerade die zerstrittene Opposition ist, die Gespräche verweigert oder immer wieder scheitern lässt.



Inflation, Warenverknappung und Verschuldung: Venezuela kommt nicht aus der Krise. Dafür sorgen auch EU und USA

Für Montag (Ortszeit) war zudem eine informelle Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York zur Lage in Venezuela angekündigt, die von den USA beantragt worden war. Zwar handelt es sich bei der Tagung um keine offizielle Versammlung des einflussreichsten Gremiums der Vereinten Nationen, doch stelle sie »ein gefährliches Manöver Washingtons und seiner Alliierten dar, um die UNO in die Bestrebungen zum Sturz der Bolivariischen Revolution in Venezuela einzubinden«, warnte die kubanische Nachrichtenagentur *Prensa Latina*. Schon im Mai hatten die USA versucht, die Lage in Venezuela auf die

Tagesordnung des Sicherheitsrates zu setzen, waren aber am Widerstand anderer Mitglieder gescheitert.

In Washington und Brüssel hält man den Zeitpunkt für eine weitere Verschärfung des Drucks auf Venezuela offenbar für günstig: Caracas steht nach Einschätzung vieler Experten auch im Land selbst kurz vor einem Staatsbankrott. Um diesen abzuwenden, lud Staatschef Nicolás Maduro für Montag (Ortszeit) 414 Gläubiger nach Caracas ein – nach Angaben von *Telesur* entspricht das 91 Prozent der Inhaber venezolanischer Anleihen –, um über eine Neustrukturierung der Auslandsschuld zu verhandeln. Ziel sei, so Maduro, den

Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, ohne die Entwicklung des Landes zu vernachlässigen. »Sie wollen Venezuela erwürgen, aber das wird ihnen nicht gelingen«, sagte der Präsident am Sonntag in seiner wöchentlichen Fernsehansprache »Los Domingos con Maduro«. Die Regierung in Venezuela spricht von einem vom Weißen Haus angeführten »internationalen Kreuzzug«. Dessen Hauptziel sei es, sich die Bodenschätze des Landes anzueignen, erklärte UN-Botschafter Rafael Ramírez im Gespräch mit *Prensa Latina*. Unter anderem verfügt Venezuela über die größten bestätigten Erdölreserven des Planeten.

Erdogan kritisiert Russland und USA



Sotschi. Vor einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin hat der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan (Foto) eine gemeinsame Erklärung der russischen und der US-Regierung zum Krieg in Syrien kritisiert. Wenn es dort keine militärische Lösung gebe, wie es in dem Papier heiße, dann sollten Russland und die USA ihre Truppen von dort abziehen, sagte Erdoğan am Montag vor dem Abflug von Istanbul nach Sotschi. Außer um Syrien werde es bei der Begegnung mit seinem »geehrten Freund« Putin um wirtschaftliche Zusammenarbeit gehen.

Putin hatte mit US-Präsident Donald Trump am Rande des APEC-Gipfels in Vietnam eine Erklärung abgestimmt, für Syrien eine Friedenslösung im Rahmen der Genfer Verhandlungen unter Führung der UN zu suchen. (dpa/jw)

»Bataclan«-Spur führt nach NRW

Karlsruhe. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu den Anschlüssen am 13. November 2015 in Paris, u. a. auf das »Bataclan«, bei denen 130 Menschen starben, führt eine Spur nach Nordrhein-Westfalen. Das berichtete *Die Welt* am Montag. Demnach hätten Recherchen in Ermittlungsakten aus Frankreich, Belgien und Österreich dies ergeben. Es standen »gleich mehrere Terrorverdächtige, die nach den Paris-Attentaten in Salzburg und Brüssel festgenommen worden waren, offenbar mit einer Person in Deutschland in Kontakt«, meldete das Blatt in seiner Onlineausgabe. Bislang war allgemein davon ausgegangen worden, dass die Anschläge von Terrorkommandos des »Islamischen Staates« verübt worden waren. Die Bundesanwaltschaft kann dem Bericht zufolge Rolle und Verbleib einer Verdachtsperson namens »Kala Nithi« nicht schlüssig erklären. Zuletzt war die Verwicklung eines sogenannten V-Mannes des LKA NRW in den Anschlag am Berliner Breitscheidplatz (»Fall Amri«) öffentlich geworden. (jw)

Annäherung beim Sondierungspoker

Einigkeit bei Digitalisierung und Terrorzentrum: Koalitionsvertrag soll bis Freitag fertig werden

Als »coole Socke« bezeichnete der konservative »Jamai-ka«-Koalitionsunterhändler Jens Spahn, CDU, seinen Kollegen vom linken Parteiflügel der Grünen (Madsack-Zeitungen vom Montag). Berichte des *Handelsblattes* über eine Erhöhung der Spitzensteuersätze entkräftete der so Gelobte, Jürgen Trittin, noch am Montag: »Erst einmal ist überhaupt nichts Derartiges ins Auge gefasst, geschweige denn verabredet worden.« Zudem müsste rechnerisch die Reichensteuer »von jetzt 45 Prozent auf 75 Prozent erhöht werden«,

um einen Wegfall der 20 Milliarden Euro aus dem Solidaritätszuschlag auszugleichen, so der frühere Umweltminister.

Die FDP hatte sich zuvor von ihrer Forderung nach einer umfassenden Steuerreform verabschiedet und sich statt dessen für das Ende des Solidaritätszuschlages stark gemacht. Die Partei will zudem eine Absenkung der Sozialbeiträge um 0,7 Prozentpunkte und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten festschreiben. »Jeder Punkt auf der Wunschliste der Konzerne, Arbeitgeber und Superreichen wird

geflissentlich von Merkels »Jamai-ka-Bündnis abgearbeitet«, kommentierte Sahra Wagenknecht, Fraktionschefin von Die Linke, am Montag.

Nach den sich abzeichnenden Niederlagen bei der Klimaschutzpolitik haben auch andere Grüne am Montag ihr soziales Gewissen wiederentdeckt. Parteichefin Katrin Göring-Eckardt bezeichnete den »Mietwucher« als »soziale Frage des nächsten Jahrzehnts«, was im Koalitionsvertrag entsprechend berücksichtigt werden müsse.

Einigkeit herrscht bei den Verhandlern über den Ausbau der Digitalisie-

rung und bei Reformierung und Ausbau der Terrorabwehr im »Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum« (GTAZ). Auch werde laut CDU-Innenexperten vom Montag die Einrichtung eines ständigen Führungsstabes aus Bund und Ländern angegangen werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich bereits am Wochenende auf eine Beilegung der Streitfragen bis Donnerstag nacht im Sinne der Regierungsbildung durch die Parteien CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen festgelegt. (dpa/AFP/jw)

jw wird herausgegeben von 2.079 Genossinnen und Genossen (Stand 6.11.2017)
www.jungewelt.de/lpg

